

Sehr geehrter Herr Weinberg,

mein Name ist Volker Glitza und ich bin als Sozialarbeiter im Allgemeinen Sozialdienst eines Jugendamtes im Ruhrgebiet tätig. Im Zusammenhang mit der Tarifaueinandersetzung des Sozial- und Erziehungsdienstes hatte ich Sie im August 2015 mit Fragestellungen zu Ihrem damaligen Interview mit der Bildzeitung kontaktiert, bei dem Sie Streikmaßnahmen kritisch einschätzten.

Wenn Sie nun fordern, dass die Rekrutierung neuer Fachkräfte als "**nationale Aufgabe**" begriffen wird, müsste jede(r) Erzieher(in) - aber auch auch allen anderen Tätigen im SuE - das "Herz aufgehen". Auch in meinem Arbeitsbereich - u.a. **Garantenstellung nach § 8a SGB VIII** - wird es immer schwieriger, Personal zu gewinnen bzw. zu binden.

Auch im Pflegebereich hören wir diese Forderung bereits seit Jahren - und seit dem Amtsantritt ihres Parteikollegen Spahn - immer häufiger und noch deutlicher. Aber was ist seit dem tatsächlich passiert und welche Hoffnungsschimmer einer Verbesserung für mehr Personal gibt es am (Pflege-)Horizont ?

Damit wir im SuE-Bereich nicht nur viel über den Fachkräftemangel reden, bieten sich Ihnen und **auch der Bundesfamilienministerin, Frau Giffey**, in 2019 eine neue Chance: Ab dem 01.07. des folgenden Jahres finden Vorabgespräche zwischen den Gewerkschaften und der vka statt - ein Jahr vor Ablaufen des Tarifvertrages SuE am 30.06.2020

Hintergrund ist zum Einen der "Erfahrungsaustausch über die neuen Entgeltgruppen" -was auch immer damit gemeint sein soll. Zum anderen will man sicherlich auch die Zeit nutzen, damit es - nach möglichen erfolglosen Verhandlungen und entsprechenden Urabstimmungen- nicht wieder unausweichlich zu möglichen Streiks kommt.

**Wenn Sie mit Ihrer Forderung tatsächlich ernst genommen werden wollen, dürfen wir als Beschäftigte im SuE erwarten, dass Sie - und auch die Bundesfamilienministerin - Herrn Dr. Thomas Böhle und seine Kollegen von der vka tatkräftig unterstützen, an Ihrer Forderung orientierte tragfähige Lösungen zu entwickeln.**(Die Tarifautonomie schließt m.E. fachliche Beratung nicht zwingend aus)

Und ja - das wird auch wahrscheinlich mit der Bereitstellung von weiteren finanziellen Ressourcen - weit über die bereits jetzt

zugesicherten 5,5 Milliarden - durch den Bund einhergehen müssen, weil Länder und Kommunen dies alleine nicht leisten können.

Und finanzielle Ressourcen sind in diesem Land anscheinend reichlich vorhanden, wenn z.B. die Finanzindustrie über Jahre hinweg mit mindestens 5,7 Milliarden über cum-cum/cum-ex- Geschäfte "unterstützt" werden kann. Ich bitte diese polemische Aussage zu entschuldigen; vor dem Hintergrund Ihres möglichen Verweises auf die immer schwierige finanzielle Gesamtsituation der Bundesrepublik Deutschland war dies aber leider unvermeidlich.

In der Hoffnung auf eine baldige Antwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Volker GLITZA

---

Sehr geehrter Herr Glitza,

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht.

Erzieherinnen und Erzieher leisten in meinen Augen eine sehr verantwortungsvolle, wertvolle und häufig auch kräftezehrende Arbeit. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur dann mehr Fachkräfte gewinnen können, wenn wir zum einen die Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen verbessern und zum anderen der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern mehr Wertschätzung – auch finanziell – entgegenbringen.

Was den ersten Punkt angeht, so sind wir mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung auf einem guten Weg. 5,5 Mrd. Euro wird der Bund den Ländern bis 2022 zur Verfügung stellen. Die Union setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die Bundesmittel auch in Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung eingesetzt werden müssen.

Eine komplette Gebührenbefreiung für alle Eltern unabhängig vom Einkommen - wie es die SPD fordert - sehen wir vor dem Hintergrund der problematischen Situationen in einigen Bundesländern, wie

beispielsweise in Mecklenburg- Vorpommern der schlechte Personalschlüssel, derzeit sehr kritisch. Wichtig ist - und das ist auch im Gesetzentwurf so vorgesehen -, dass Geringverdiener, wie Kinderzuschlagsberechtigte und SGB-II Bezieher von den Gebühren für die Kindertagesbetreuung befreit werden.

Eine komplette Gebührenbefreiung für alle Eltern würde zu Lasten der Qualität gehen und den Platzmangel ggf. verstärken. Für das eigentliche Ziel des Gesetzes "Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe" werden wir daher auch weiterhin in den parlamentarischen Verhandlungen stringent streiten.

Was den zweiten Punkt – die Wertschätzung für Erzieherinnen und Erzieher – angeht, so planen wir neben dem oben genannten Gesetz eine Fachkräfteoffensive, die 2019 starten soll. Dafür wurden im Haushalt 2019 40 Mio. Euro vorgesehen. Gefördert werden sollen u.a. Modelle einer praxisintegrierten Ausbildung, die den Vorteil der Zahlung einer Ausbildungsvergütung haben. Wenn wir den Beruf der Erzieherin/ des Erziehers attraktiver gestalten wollen, brauchen wir eine schulgeldfreie Ausbildung bzw. Ausbildungsvergütungen. Im Koalitionsvertrag haben wir hierzu bereits die entsprechenden Weichen gestellt.

Da Sie es ansprachen, möchte ich abschließend noch kurz auf den Pflegeberuf eingehen. Ja, hier gibt es dieselben Personalengpässe und dieselben Forderungen. Anders als Sie bin ich jedoch der Auffassung, dass im Pflegebereich sehr viel passiert ist in den vergangenen Jahren. Erst kürzlich hat der Bundestag das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals beschlossen mit dem Ziel die Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten.

Weitere Vorhaben sind die konzertierte Aktion Pflege und ein einheitliches wissenschaftliches Personalbemessungsverfahren für die Altenpflege. Und auch in den vergangenen Jahren hat es bereits zahlreiche Initiativen gegeben. Dazu gehören eine bessere Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen, die Entlastung der Pflegekräfte durch die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation, die Einführung von Personaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen in Krankenhäusern, aber auch eine bessere Vergütung der Pflegekräfte. Darüber hinaus haben wir die Ausbildung in den Pflegeberufen reformiert. Damit soll erreicht werden, dass der Zukunftsberuf Pflege

attraktiver gestaltet und die künftigen Pflegefachkräfte auf die neuen Herausforderungen besser vorbereitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Weinberg

Büro Marcus Weinberg, MdB  
Familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227 74092 | Telefax: +49 30 227 76106